

# Halle'sche Neueste Nachrichten • handelsblatt für Mittelddeutschland

Das „Halle'sche“ erscheint an jedem Donnerstag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch Post beträgt 3.00 Mark, durch den Postboten 1.80 Mark, durch den Boten 1.20 Mark. Einmalige Anzeigen: 10 Pfennige. Die Anzeigen werden nach Rubriken-Listen berechnet. Die Rubriken sind: 1. 200, 2. 150, 3. 100, 4. 75, 5. 50, 6. 25, 7. 10, 8. 5, 9. 2, 10. 1 Pfennig. Die Rubriken sind: 1. 200, 2. 150, 3. 100, 4. 75, 5. 50, 6. 25, 7. 10, 8. 5, 9. 2, 10. 1 Pfennig.

## Neues in Kürze.

### Drahtmeldungen und Radiotelegramme.

Der Reichstag nahm eine neue Verordnung zur Erwerbslosenfürsorge an, wonach auch Angehörige, die innerhalb der letzten zwei Jahre nur 3 Monate lang eine tranfportversicherungspflichtige Beschäftigung gehabt haben, das Recht auf Unterstützung erhalten sollen. Angenommen wurde eine Verordnung, wonach künftig auch kleinere, wegen Vergehens bis zum Betrage von 50 Mark zu erlassene Geldstrafen in das Strafregister aufgenommen werden müssen. Schließlich nahm der Reichstag das am 12. Februar in Paris abgeschlossene vorläufige deutsch-französische Handelsabkommen an.

### Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichstages

war sich gestern bei der Beratung des Reichsfinanzhaushaltsbeschlusses einig, daß nach 23 Jahren 40 Prozent Rente gezahlt werden müssen. Der Ausschuss erörterte ferner die Anrechnung oder Nichtanrechnung des Kindergeldes auf die Rente, gelangte aber noch nicht zu einer Beschlußfassung darüber.

### Der Verfassungsausschuss des Reichstages

beschloß gestern, in einer am 5. März abzuhaltenden Sitzung mit Vertretern des Reichsfinanzministeriums, des Reichsministeriums für den öffentlichen Bau und des Reichsministeriums für die Reichsbahn, welche Mittel für den Weiterbau der im Bau befindlichen Haupt- und Nebenbahnlücken zur Verfügung gestellt werden sollen. Der Ausschuss erörterte ferner die Möglichkeiten zur Erlösung des schmerzigen Flugmotorbaus.

### Im Reichstage wurde der Antrag des Abgeordneten Humeier (Dnt.) einstimmig angenommen, die Reichsregierung zu ersuchen, auf die Reichsbahn dringender einzuwirken, daß die Schiffsverkehrsleistungen angewiesen werden, den Verkehr nach Westfalen an den Westenden betrieblich zu halten.

### Aus Polen wird gemeldet:

Hier zeigte sich große Unruhe wegen der neuen Verfassung, in acht Votenabstimmungen gefaßt wurde die Vertreibung aller Deutschen aus dem Reichsbereich. Die Verfassung ist als „gleichberechtigter“ Eintritt in den Völkerbund!

### Nach der Meldung eines Pariser Abendblattes

sollen gegenwärtig zwischen der polnischen und der rumänischen Regierung Verhandlungen über die Erneuerung des im März 1925 in Bukarest unterzeichneten Bündnisvertrages gepflogen werden.

### Wie der Mailänder „Corriere della Sera“

meldet, haben sich nunmehr auch in Rom, Neapel und Palermo Demonstrationen gegen die Durchfuhr des Boykotts deutscher Waren.

### Die Londoner „Daily Mail“

meldet aus Tanger: Die spanische Front ist um 20 Kilometer hinter Tetan rückerwartet worden. Wides-Krim hat unter den von ihm abgefallenen Stämmen neue Zusatzaufhebungen angeordnet und die Führer der Abtrünnigen hingerichtet lassen.

### Zum Generalabschluß des französischen Oberkommandos in Marokko

ist an Stelle des bisherigen Generals Maquin Oberst Heine ernannt worden. — Wieder eine Kommandoübertragung — ein scheinbares Zeichen.

### Im Zusammenhang mit der jetzigen Tagung

der Mandatskommission des Völkerbundes lag die Londoner „Times“ in einem Leitartikel, der sich mit dem französischen Mandat in Syrien befaßt: Es ist nicht anzuschließen, daß die Mandatskommission den Völkerbundrat ersuchen wird, eine Untersuchungskommission nach Syrien zu entsenden.

### Die türkische Kammer beschloß einstimmig die

Einführung des Schwerverzögerlichen Gesetzes in der Türkei, wodurch Staat und Religion im öffentlichen und sozialen Leben des türkischen Volkes getrennt werden. Die Diener der Religion sind von allen öffentlichen Ämtern ausgeschlossen, die Diener der Religion sind von allen öffentlichen Ämtern ausgeschlossen.

### In Japan hat sich die Dollart-Partei mit der

Sei-Yu-Kai-Partei verschmolzen, so daß die letztere Partei nur 3 Stimmen weniger als die Regierungspartei Kei-Sei-Kai hat. So steht es nun mit dem Kampf um die Reichspräsidentenwahl. Die Partei der Demokraten hat sich mit der Partei der Demokraten verschmolzen, so daß die letztere Partei nur 3 Stimmen weniger als die Regierungspartei Kei-Sei-Kai hat. So steht es nun mit dem Kampf um die Reichspräsidentenwahl.

## Die Finanzlage des Reiches Wirtschaftspläne der Regierung.

Der Zweck der gestrigen Sitzung des Haushaltsausschusses des Reichstages war die Entgegennahme einer Regierungserklärung über die Finanzlage des Reiches, die von der Regierung als bestimmend angesehen wird für die Stellungnahme zu den sozialpolitischen und wirtschaftlichen Forderungen, die in anderen Reichstagsauschüssen von den Parteien gestellt worden sind. Zunächst führte Finanzminister Dr. Klein 1926 folgendes aus: Käser den Steuererleichterungen hat sich das Kabinett in den letzten Tagen sehr ernsthaft und eingehend mit anderen Fragen beschäftigt, die es möglich machen werden, die Wirtschaft wieder anzukurbeln.

Die Regierung muß sich mit dem Reichstag zu einer Notgemeinschaft zusammenschließen, um die Krisis zu überwinden. Der Etat von 1925 wird vermutlich mit einem Mehraus nicht erheblich überdeckt abstellen. Wir werden nach einer Radikalität vorziehen müssen, der insbesondere die Anforderung für die Reichsbahn enthält. Der Ministertrag aus den für 1926 vorgeschlagenen Steuererleichterungen habe ich als etwa 550 Millionen angesetzt. Für den Etatjahr 1927 rechnen wir mit einer Gesamtausgabe von 4996 Millionen gegen 4782 Millionen im Jahre 1926, weil wir für Reparationsleistungen 1927 965 Millionen einziehen müssen. Für 1927 müssen wir den

### Ausfall an Umsatzen

in Rechnung stellen. Dagegen haben wir die Einnahmen aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer um 800 Millionen erhöht, aus der Vermögenssteuer um 50 Millionen. 1926 erbringt das freie Einkommen an Steuern nur 800 Millionen; diese im Verhältnis zu dem Betrag von 1200 Millionen aus dem Steuerertrag zum Lohn an sich geringe Summe erklärt sich aus dem Daniederliegen der Wirtschaft.

### Eine Erhöhung der Wirtschaft wird zu höheren Erträgen führen

Auch die Kapitalertragssteuer beginnt allmählich stärker zu liefern. Alle übrigen finanziellen im Gemischt fallenden Steuern sind vorläufig nur mit denselben Beträgen eingeklagt wie 1926. Die Verbrauchssteuern werden sich aus der Erhöhung der Biersteuer vom 1. April d. J. an vermehren. Beim Staatseinkommen sind wir insgesamt mit 200 Millionen Ertrag. Die Zölle sollen gegen 1926 einen Mehrertrag von 120 Millionen bringen. Wie weit diese Berechnungen gerade für die Jahre 1926 und 1927, hängt natürlich von der Entwicklung und dem kommenden Handelsvertrage ab. Von der Post erwarten wir 50 Millionen.

Somit liegen den Ausgaben des ordentlichen Etats 1927 von 4996 Millionen Einnahmen von 4820 Millionen gegenüber, so daß für 1927 ein Defizit von 176 Millionen ergibt.

Zu seiner Deckung stehen zunächst alle Ersparnisse zur Verfügung, die wir am Etat von 1927 normieren wollen, außerdem der Minderbetrag. Die Ersparnisse werden eingeklagt auf 50 Millionen, dazu 145 Millionen aus den Ausgaben

des außerordentlichen Etats kommen, die künftig wieder durch Anleihen zu decken sind. Das Reich darf zunächst nicht daran, an den Anleihemarkt zu gehen. Wenn wir aber an ihn appellieren wollen, so glauben die Bankkreise, insbesondere der Reichsbankpräsident Dr. Schacht, daß ein solcher Appell mindestens nicht erfolgreich sein würde. Die von Preußen angelegten Schuldenwünschen sind sofort hinsichtlich überprüfbar worden, und gegenwärtig liegt eine Menge fälligen Geldes anlagefähig vor.

Die geplanten Reparationsleistungen für 1927 mit 975 Millionen sind in den ordentlichen Etat eingeklagt, und es wird nicht daran gedacht, etwa hier zu einer Pannwirtschaft zu kommen. Bei Durchführung der Steuererleichterungen wird unser Etat außerordentlich angespannt sein, und wir werden Mühe haben, mit den vorhandenen Mitteln durchzukommen. Selbstverständlich ist nicht daran gedacht, daß die Reichsregierung irgendwelche soziale Aufgaben, die erfüllt werden müssen, drohen will.

Ich weise darauf hin, daß die Reichsregierung in einer ihrer ersten Sitzungen beschließen hat, in der Kürze die Beiträge der Wirtschaft der Reichsregierung weitgehend zu erfüllen und auch in der Erwerbslosenfrage das zu tun, was die Notlage der Erwerbslosen erfordert. Soweit es finanziell und wirtschaftlich notwendig ist, aber mit allem, was darin einig sein, alle Ausgaben, die wir in dieser Zeit der Not nicht tragen können, abzumehren und gemeinsam ein Weg finden, das Ausgabenmindernde nicht beschaffen werden können, ohne das entsprechende Stück zu ihrer Deckung mit der Regierung verbunden werden und deshalb müssen wir weitere Wünsche auf Steuererleichterung zurückgestellt werden.

### Eine Niederlage der Regierung.

Reichsminister Dr. Brücker erklärte die Notwendigkeit, durch Streichungen die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen und die Bewilligungen den Steuererleichterungen anzupassen.

### Ganz unermutelt

erklärte er: Da es sich um ein Gesamtprogramm handelt, so mußte die Reichsregierung großes Gewicht auf die Erhaltung der Wirtschaft legen, um einen Beschluß über die Erwerbslosenfrage in Würdigung des Gesamtprogramms fassen und erbitte deshalb sofortige Erörterung dieses Programms. Der Reichsarbeitsminister Brauns (Zentrum) und der Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius (DVP.) traten ihm mit der Forderung sofortiger Entscheidung entgegen. Der Reichsarbeitsminister erklärte, daß er nicht erwidern, und der Reichswirtschaftsminister erklärte, daß er nicht erwidern, und der Reichsarbeitsminister erklärte, daß er nicht erwidern.

Mit 15 gegen 12 Stimmen wurde gegen den Antrag des Reichsministers beschlossen, die Ausgaben zu verringern, bis das Programm Dr. Brücker im Reichstag vorliegt. Dabei stimmten Zentrum und Volkspartei, obwohl sich zur Regierung gehörten, mit den Deutschnationalen und Reichslosen gegen Dr. Brücker.

## Polen erhält einen Ratschiff!

### Warum verschweigt es unsere Regierung?

Anfänglich des Besludes von Sir Drummond in Berlin ist das Ratschiff, ein Polen ein Ratschiff erhält oder nicht, besonders intensiver weitergegangen. Man legte in der Presse sowohl Briand wie Chamberlain Meinungen in den Mund, die bald pro, bald contra zu deuten waren. Berlin selbst hält sich, wie immer bei außenpolitischen Entscheidungen, in Schweigen. Dem Ratschiff ist jetzt vollständig ein Ende bereit worden.

Mittwoch früh bringt die amtliche französische Presseagentur eine Senker Information, wonach Polens Antrag auf Zulassung eines Ratschiffes mit der Tagesordnung des 8. März, 2. zur Entscheidung kommt.

### Das heißt also: zugestimmt mit Deutschlands Ausnahme in den Rat.

Wie bei dieser Sachlage die deutsche Diplomatie darauf bestehen will, daß die Zulassung des Ratschiffes ausschließlich dem Entzente Beschlusse in den Völkerbund gewidmet werden soll, denn auch nach 3 Wochen lang in der Presse erörtert werden. Die Basisinformation läßt wohl keinen Zweifel mehr darüber, daß am 8. März der Völkerbund den Voten genau so einen Ratschiff geben wird wie aus.

Der „Kaiser Journal“ meldet aus Paris: Lieber den gestrigen Besuch des deutschen Botschafters von Hoesl hat Briand sich am letzten Abend der Presse mitgeteilt, daß der Ministerpräsident dem deutschen Botschafter keine bestimmten Zusicherungen geben konnte. Die Inter-

haltung sei in freundschaftlichen Formen verlaufen; Briand habe auf die vorgetragenen Erklärungen des Unterstaatssekretärs Berthelot Bezug genommen und erhalte die Versicherung aller noch lebenden Fragen von der Völkerbundtagung am 8. März. — Also wieder Ausflüchte statt klarer Antworten. Aber die deutsche Regierung verlangt ja auch nichts Besseres und will ja in den Völkerbund, und wenn es Kopf und Fragen sollte. Oder darf man doch noch hoffen?

Der holländische „Courant“ meldet aus Berlin: Lieber das Ergebnis der Berliner Besprechungen mit Sir Drummond hat der deutsche Außenminister sich zu Vertretern der ausländischen Presse nicht überzeugt hoffnungsvoll ausgesprochen. Er sagte Herr Gieseler: „Die Reichsregierung muß ihre Bemühungen noch weiter fortsetzen, bis sie zu dem ersehnten Ziele gelangt, daß am 8. März tatsächlich nur Deutschland allein in den Völkerbundrat aufgenommen wird.“ — Auch nur Ausflüchte statt klarer Antworten. — Lieber die deutsche Weisheit ... um (vgl. oben).

Das Pariser „Journal“ schreibt, daß seine Verhandlungen mit England über eine Verminderung der Besatzungstruppen als Ausgleich für den ständigen Ratschiff an Polen stattfinden. Polens Antrag an einen Ratschiff werde durch die letzten Deutschnationalen in Berlin-Oberstadt von neuerer Seite nicht angenommen. Man sieht, daß Frankreich den polnischen Ratschiff durchaus schon als feststehende Tatsache ansieht. Und natürlich wird auch gleich wieder auf Deutschland eingeworfen; man kann nur den Völkerbund heucheln, nachdem Deutschland sich gebunden hat?

## Politik ist Macht.

### Der Kampf zweier Weltanschauungen.

Bergasseff 29 pp 18, M. d. N. an der Jahresversammlung des Reichsbundes der Sozialisten der Deutschnationalen Volkspartei.

Mit breiten Beifallsrufen zog er den Hintergrund des Bildes: Rund 85 Millionen Deutsche heute, die auf Unterstützungsbeträge angewiesen sind (Kriegsbeschädigte, Sozialrentner, Arbeitslose, Zuschlagempfangende u. a.) — Kritik der Unternehmungen (Stimmen, Stimm, Stimm, u. a.) — Kritik der Unternehmungen: Mangel an Arbeitsplätzen und unterdrückt das Deutschtum, Frankreich labortiert es schon vor Eintritt in den Völkerbund, England verlagert. — Ausland liegt zu außerparteilichem Umsturz in diesem Frühjahr, ein Teil der Sozialdemokratie ist zur Günstigkeit bereit. — Kritik in der Sozialdemokratie: Sie hatte nicht den Mut und die innere Selbstlosigkeit in die Regierung. Kritik des Parlamentarismus: das Volk ist parteilich und müde des Parteienkampfes geworden.

„Wo liegt die Wurzel des Übels? Wo die Schuld?“ Im Gegenteil zu dem, was den Julumsturz brachte: zu jener politischen und sozialen Grundanschauung, die den Individualismus, die Einzelgünstigkeit dem Staates opfert, den Einzelnen und alles aus dem Persönlichen, Individuellen geborene Staatliche und Soziale: die Familie, die soziale Gliederung des Volkes, die Gliederung der Köpfe in Staaten dem Selbstmangel der Gewalt der unterirdischen einflussreichen Masse unterwirft. Für dieses reine Herdentum des Kommunismus, Sozialismus, der Demokratie sind die Menschen nur unterirdische Teile der großen Menschheit, dagegen die Gliederungen der Menschheit in Nationen, Familien, Individuallisten Dinge, die bejaht werden müssen.

Aber deutsch sein heißt Individualität, heißt Selbstlichkeit sein oder doch haben. Was ist das für eine Auffassung der Stellung des Individuums im Staat? Individualität ist Grundgedanke deutscher Art. Aus der Verdrängung dieses deutschen Individualismus durch das Herdentum folgte die jetzige tiefe soziale und geistige Krise, und aus dieser Krise auch die politische, soziale und wirtschaftliche Krise.

Die geistige Krise, das Grundübel, ist nur auf geistigem Wege, durch Rückkehr zu individuallistischer Weltanschauung unseres Volkes zu heilen. In der Politik war es deshalb ein Fehler, das individuelle Herdentum, das die Verantwortung für die Krise nicht ruht, die volle Verantwortung für den Staat übernehmen zu lassen: dann hätte sich gezeigt, daß es zu praktischer Arbeit im Staate völlig unfähig ist (da es ja den Staat vermeint, ihn in der Menschheit, der großen ungeschicklichen Menschheit, aufzulösen lassen will). Dann wäre dieses Herdentum an seiner Unfähigkeit in wenigen Monaten zusammengebrochen.

Aber Zentrum und Demokraten kamen der Unfähigkeit dieses Herdentums zu Hilfe. Warum? Um ungeachtet ihrer Grundanschauung anders gearteten Weltanschauung Macht für sich selbst in Deutschland und über Deutschland zu gewinnen. Das gelang: sie haben und sitzen noch heute überall in den einflussreichsten Stellen. Aber die Folge ist, daß die Krise tiefer und tiefer wird. Dann schloß auch die Volkspartei sich ihnen an und ließ dadurch dem Herdentum und seiner Herrschaft, sich zu halten statt zu scheitern, und schmähete die nationale, die deutsche Weisheit: die Rückkehr zu Weltanschauung und Lebensform des Individualismus, der Selbstlichkeit — ohne daß die Volkspartei damit wirklich die Macht gewann.

Es fehlt die klare Erkenntnis, daß es hier um den Kampf zweier Weltanschauungen geht. Mit dem Sozialismus, dem Herdentum, müde ist der Individualismus, dem deutschen Charakter niederdrückt.

In der Volkspartei, auch im Zentrum steht diese Erkenntnis ein. Das führte im vergangenen Jahre zum Versuch, Herdentum durch Sozialismus freier Regierung zu gewinnen. Die Volkspartei der individualistischen Weltanschauung, mit den Deutschnationalen.

Der Versuch mißlang. Warum? Die Regierung des Jahres 1925 hat viel Politisches geschaffen, hat im Einzelnen vieles aus dem Herdentum herausgeholt. Aber was 3 Jahre deutschen Herdentums gefordert, kann nicht in einem Jahre wieder aufheben sein. Schuld an dem Ende der Regierung war keine Schuld der Volkspartei, sondern die Herdentum, die Herdentum begriffen bei der „Hohen Regierung“. So haben diese Parteien in der Vergangenheit die Deutschnationalen von vornherein an die besondere Linie der Berücksichtigung mit den Nationalen, die aus dem individualistischen Standpunkt nach der einen großen, ungeschicklichen Menschheit, der großen einflussreichen Menschheit geboren ist.

Da traten die Deutschnationalen aus der Regierung aus. Das war falsch. Damit stürzten sie die unbedeutende Welt der Sozialdemokratie aus dem Staat. Das ist die große Aufgabe, die auf die deutsche Erkenntnis in der Volkspartei und Zentrum zu überlassen.

Warum traten sie aus? Weil auch hier die klare Erkenntnis fehlte, warum es ging, um

